

Brief aus Berlin

Markus Koob - Ihr Bundestagsabgeordneter für Hochtaunus/Oberlahn informiert...

Februar 2015



Im Zeichen der Freiheit

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

das neue Jahr begann mit einer Schreckensmeldung für unsere freie und tolerante Gesellschaft. Die Terroranschläge in Paris erschütterten über Grenzen hinweg die Bürger Europas. Für mich waren sie die politisch prägendsten Momente der letzten Jahre. Sie zeigten uns auf, wie wichtig die westlichen Werte von Meinungsfreiheit, Freiheit und Gleichheit für unser gesellschaftliches Zusammenleben sind. Nun ist es wichtig, mit Solidarität und religiöser Toleranz auf die Gewalt des Terrors zu antworten.

Gemeinsam mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundespräsident Joachim Gauck sowie zahlreichen Amtsträgern und Bürgern habe ich dazu Anfang Januar an einer Mahnwache am Brandenburger Tor teilgenommen. Auf Einladung des Zentralrats der Muslime wurde geschlossen der Opfer des Terrors gedacht. Passend fasste es unser Bundespräsident zusammen: "Die Terroristen wollten uns spalten, erreicht haben sie das Gegenteil."

Aktuell gehen die Menschen zu tausenden auf die Straßen und demonstrieren gegen Einwanderung nach Deutschland. Dabei werden sie angetrieben von Ängsten vor Veränderungen. Es ist eine Bewegung, die ich mit Sorge betrachte.

In der sitzungsfreien Woche des Deutschen Bundestages im Februar dieses Jahres wurden einige Mitglieder der Deutsch-Kanadischen Parlamentariergruppe auf eine Delegationsreise nach Québec, Ottawa und Vancouver eingeladen. Es war eine äußerst interessante und eindrucksvolle Reise mit vielen anregenden und vielseitigen Gesprächen. Lesen Sie hierzu meinen Reisebericht.

Um extremistische Aktivitäten zu unterbinden, brauchen wir vor allem auch wirksame Maßnahmen zur Prävention und Deradikalisierung. Zudem müssen dem Rechtsstaat zur Abwehr terroristischer Bedrohungen und zur Erhaltung innerer Sicherheit auch schlagkräftige Mittel zur Verfügung stehen. Dazu gehört, dass wir in Sachverhalten von Ausbildung in Terrorcamps und Ausreise gewaltbereiter Islamisten Rechtslücken im Allgemeinen und Strafbarkeitslücken im Besonderen weiterhin konsequent angehen.

Ihnen und Ihren Angehörigen wünsche ich einen guten und erfolgreichen Start in das Jahr 2015!

Herzliche Grüße, Ihr



Blick auf die aktuellen politischen Themen

Innere Sicherheit • Schwarze Null • Griechenland • Kanada • Praktikumsbericht

Kampf gegen Terrorismus: Kontinuität im Bereich der inneren Sicherheit

Die blutigen Attentate von Paris und Kopenhagen haben uns erschüttert. Die Terroristen haben nicht nur Menschen ermordet, sondern auch unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung in Europa angegriffen. Das werden wir nicht akzeptieren, denn die Werte, auf denen unsere europäische Gemeinschaft fußt, sind europaweit fest verankert. Wir nehmen die Anschläge nicht zum Anlass, nun in einen gesetzgeberischen Aktionismus zu verfallen. Die Union hält auch in diesen schwierigen Zeiten an ihrer stringenten Politik im Bereich der inneren Sicherheit fest. Wir fordern auch jetzt nichts, was wir nicht schon vor den Attentaten von Paris gefordert haben.

So haben wir bereits im Oktober einen Maßnahmenkatalog für den Schutz vor Dschihadisten vorgelegt. Er beinhaltet unter anderem den Kampf gegen die Terrorismusfinanzierung sowie die strafrechtliche Ahndung der Ausbildung in einem

Terrorcamp. Damit wurde die UN-Resolution 2178 vom September vergangenen Jahres aufgegriffen. Bundesjustizminister Maas hat nun angekündigt, diese Punkte umsetzen zu wollen. Es reicht aber nicht, die UN-Resolution umzusetzen. Inzwischen halten sich zu viele gewaltbereite „foreign fighters“ in Europa auf. Wir haben in Paris gesehen, wie schnell eine abstrakte Gefahr im Einzelfall akut werden kann.

Der Justizminister blockiert derzeit die Vorratsdatenspeicherung. Das in der öffentlichen Diskussion häufig vorgebrachte Argument, diese sei immer verfassungswidrig, ist falsch. Zu diesem Urteil ist weder das Bundesverfassungsgericht 2010 gekommen, noch der Europäische Gerichtshof im vergangenen Jahr. Die Karlsruher Richter haben lediglich dafür plädiert, einen hohen Sicherheitsstandard für die zu speichernden Daten zu gewährleisten. Es geht also nicht um das Instrument der Minderspeicherfristen als solches, sondern um seine Ausgestaltung. Für die Aufklärungsarbeit der Ermittlungsbehörden ist dieses Instrument fast unverzicht-

bar. So lassen sich wenigstens im Nachhinein die Terrornetzwerke rekonstruieren und aufdecken.

Auch die deutschen Sicherheitsbehörden – zuletzt der neue Präsident des Bundeskriminalamtes – haben jüngst noch einmal eindringlich die Vorratsdatenspeicherung gefordert. Wer bei diesem Thema nur die persönliche Freiheit in Gefahr sieht, ist kurzsichtig. Wir verlieren viel mehr Freiheit, wenn wir Terroristen zu viel Spielraum lassen. Zudem wäre es mindestens genauso wichtig, die Sympathiewerbung für den Dschihadismus, also Paragraf 129 a Strafgesetzbuch, wieder unter Strafe zu stellen.

Es gab in den vergangenen Jahren massive Entwicklungssprünge in der Nutzung des Internets durch terroristische Gruppen. Die Rekrutierung von jungen, gewaltbereiten Männern für den Dschihad erfolgt häufig durch Sympathiewerbung. Ein richtiges Zeichen setzt bereits der Bundesinnenminister, der mit einem Gesetz künftig jene Menschen ausbürgern will, die zwei Pässe haben und gewaltbereit aus einem Ausbildungscamp zurückkehren. Wir werden unsere Linie weiter verfolgen, denn wir wollen die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger nicht gefährden. ■

Ausgeglichener Haushalt: Schwarze Null bereits im Jahr 2014 erreicht

Überraschend ist der Bund bereits im vergangenen Jahr ohne neue Schulden ausgekommen. Damit hat die Koalition ihr Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes ein Jahr früher erreicht als geplant. In einer aktuellen Stunde des Bundestages würdigten die Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion

den Erfolg und kündigten an, Kurs zu halten. Erstmals seit 1969 ist der Bund 2014 ohne Nettokreditaufnahme ausgekommen. Es ist ein wichtiges Signal an die Bürgerinnen und Bürgern, denen wir jetzt sagen können: Wir kommen mit dem Geld aus, das Sie uns zur Verfügung stellen – und das ohne die Steuern erhöhen zu müssen.

Positive Rahmenbedingungen

Der Fleiß der Arbeitnehmer und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sind die Grundlage für die sprudelnden Einnahmen aus Einkommensteuer und Unternehmensteuer. Zudem hatte kurz vor Weihnachten ein Urteil des Bundesfinanzhofes dafür gesorgt, dass die Kernkraftwerksbetreiber doch die Brennelementesteuer zahlen müssen, gegen die sie geklagt hatten.



Bild: Christiane Lang

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008/09 hatte dazu geführt, dass die Neuverschuldung bei Amtsantritt von Finanzminister Wolfgang Schäuble auf 80 Milliarden Euro gestiegen war. Nur fünf Jahre später gelang es ihm, sie auf null zurückzuführen. Allein von 2013 auf 2014 wurde die Nettokreditaufnahme um 20 Milliarden Euro gesenkt. Trotz der Konsolidierungspolitik sorgten die unionsgeführten Regierungen auch für Wachstum, indem sie in Bildung und Forschung sowie in die Infrastruktur investierten. Auch Ländern und Kommunen nahm der Bund finanzielle Lasten ab.

Vorsorge treffen für schlechte Zeiten

Bei dieser guten Ausgangslage gilt es nun, nicht vom Konsolidierungskurs abzuweichen. Kaum ist das Ziel einer schwarzen Null früher erreicht als geplant, stellen einige schon wieder die Frage, was man mit Spielräumen anfangen könnte, die sich möglicherweise daraus ergeben.

Priorität sollte es haben, Vorsorge zu treffen für schlechte Zeiten.

All jenen, die sich für neue Kredite aussprechen, nur weil die Zinsen gerade so niedrig seien, muss jedoch eine Absage erteilt werden. Denn die Schuldenberge der Vergangenheit müssen auch irgendwann getilgt werden. ■

Kampf gegen die Terrormiliz IS: Bundeswehr wird kurdische Soldaten im Norderak ausbilden

Im internationalen Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) wird die Bundeswehr kurdische Soldaten im Norderak ausbilden. Der Bundestag debattierte Anfang Januar erstmals ein Mandat, das die Entsendung von bis zu 100 Bundeswehr-Soldaten in die Region Erbil vorsieht. Grundlage ist eine Aufforderung des UN-Sicherheitsrates an die internationale Gemeinschaft, die irakische Regierung im Kampf gegen den IS zu unterstützen. Auch die Regierung in Bagdad selbst hat darum gebeten. Mit der Ausbildung der kurdischen Kämpfer leistet die Bundeswehr einen Beitrag dazu, dass sich der Irak und die Region Kurdistan im Norden des Landes selbst gegen die Übergriffe des IS wehren können. Seit Dezember 2013 hat die Terrormiliz weite Landstriche in Syrien eingenommen, Mitte 2014 konnte sie auch Provinzen im

Irak unter ihre Kontrolle bringen. Sie geht dabei mit großer Brutalität vor und hat Millionen von Menschen in die Flucht getrieben. Die Stabilität des Irak und der gesamten Region steht auf dem Spiel.

Die deutschen Soldaten sollen in erster Linie Ausbildungslehrgänge veranstalten. Darüber hinaus übernimmt die Bundeswehr im Wechsel mit anderen Staaten der internationalen Koalition die Koordinierung der militärischen Ausbildung. Sie berät auch die Zentralregierung in Bagdad sowie die Regionalregierung von Kurdistan und deren Streitkräfte in Sicherheitsfragen. Weitere Fähigkeiten, die eingesetzt werden, sind Lufttransport, Sanitätsdienst und Nachrichtenwesen.

Eine direkte Unterstützung militärischer Operationen ist im Mandat nicht vorgesehen. Die Soldaten sind lediglich zum eigenen Schutz bewaffnet. Das Ausbildungsmandat ist zunächst auf ein Jahr beschränkt.

Die Bundesregierung hat bereits substanzielle Hilfe bei der Bekämpfung des IS geleistet. So hat sie den kurdischen Peshmerga militärische Ausrüstung im Wert von rund 46,6 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, damit diese sich selbst verteidigen können. Auch für humanitäre Hilfe hat Berlin 100 Millionen Euro bereitgestellt. Der internationalen Allianz gegen den IS gehören rund 60 Staaten an. Vor allem die USA haben auch Luftangriffe auf IS-Stellungen geflogen. An solchen militärischen Operationen beteiligt sich Deutschland nicht. ■

Griechenland: Fortsetzung des Hilfsprogramms

Die Entscheidung, ob das Hilfsprogramm für Griechenland um vier Monate verlängert werden

soll, ist ohne Zweifel eine der persönlich schwierigsten Entscheidungen in dieser Wahlperiode.



Bild: Christiane Lang

Die alles andere als freundschaftliche und auch unangemessene Verhandlungsführung der neuen griechischen Regierung, verloren gegangenes Vertrauen durch oft nicht eingehaltene Zusagen der bisherigen Regierung(en) sowie die Kritik unter der Gürtellinie an Deutschland in Teilen der griechischen Öffentlichkeit und in griechischen Medien sorgen in unserer Bevölkerung aber auch bei uns Politikern für Unverständnis und Verärgerung.

Meine Aufgabe als Abgeordneter besteht jedoch darin, eine Entscheidung zu treffen, die kurz-, mittel- und langfristig für unser Land am besten oder zumindest am wenigsten schädlich ist.

Ich lege Ihnen daher gerne dar, welche Überlegungen für und gegen eine Verlängerung des Hilfsprogramms mich bei meiner Entscheidung leiten.

Zunächst einige Vorbemerkungen: Bereits im Dezember 2014 hat der Deutsche Bundestag einer Verlängerung des derzeitigen Hilfspakets beschlossen. Bei der Entscheidung, die nach derzeitiger Erkenntnis an diesem Freitag im Bundestag ansteht, handelt es sich somit um die Verlängerung eines bereits bestehenden Hilfsprogramms. Es ist kein neues Hilfs-

programm, mit dem neuerliche Zahlungen an Griechenland verbunden wären. Vielmehr geht es darum, bereits vereinbarte Zahlungen zu tätigen. Konkret geht es um zwei Zahlungen in Höhe von 1,8 Mrd. Euro und 1,9 Mrd. Euro. Eine automatische Auszahlung dieser Gelder durch den Beschluss des Deutschen Bundestages gibt es **nicht**, vielmehr kann eine Auszahlung nur dann erfolgen, wenn Griechenland nachgewiesen hat, dass es sich an die vereinbarten Auflagen gehalten hat. Mit Blick auf das bereits vereinbarte Hilfsprogramm mit Griechenland ging es bei der heutigen Entscheidung im Gegensatz zu anders lautenden Betitelungen in den einschlägigen Medien daher weder um „mehr Geld“ noch um „frisches Geld“.

Sachlich spricht *gegen* die Verlängerung des Programms vor allem, dass die sogenannte Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalen Währungsfonds Griechenland eine nicht ausreichende Umsetzung einiger wichtiger vereinbarter Reformmaßnahmen bescheinigt hat.

Für eine Verlängerung des Programms spricht, dass es eben kein neues Hilfsprogramm ist. Die Auszahlung der vereinbarten Hilfgelder an Griechenland ist im Falle einer Verlängerung zwingend damit verbunden, dass die Troika VOR der Auszahlung der Gelder prüft und feststellt, dass die vereinbarten Reformschritte von der griechischen Regierung auch tatsächlich umgesetzt worden sind.

Sofern das Programm jetzt nicht um weitere vier Monate verlängert worden wäre, hätte die realistische Gefahr bestanden, dass Griechenland innerhalb kürzester Zeit zahlungsunfähig wird. Dies hätte unkalkulierbare Auswirkungen nicht nur auf Griechenland selbst, sondern auch auf die gesamte Eurozone.

Unserem Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble ist es in harten Verhandlungen auf europäischer Ebene gelungen, einen schier unmöglichen Erfolg zu erzielen: Entgegen des griechischen Kalküls, die Eurogruppe spalten zu können, haben alle 18 übrigen Länder geschlossen auf die Umsetzung der zugesagten Reformschritte durch die griechische Regierung gedrungen. Diese Einmütigkeit ist ausgesprochen wichtig, damit auch in den Ländern mit anstehenden Wahlen ein unmissverständliches Signal erkannt wird: Europäische Solidarität kann es nur geben, wenn zugesagte Reformen auch wirklich umgesetzt werden.

Ich fasse noch einmal zusammen:

- Bei der aktuellen Entscheidung zu Griechenland ging es weder technisch noch inhaltlich um ein neues Hilfsprogramm, sondern um die Verlängerung eines bereits bestehenden Hilfsprogramms um vier Monate.
- Neue, nicht bereits vereinbarte Geldflüsse und/oder Hilfszusagen sind damit nicht verbunden.
- Jede inhaltliche Änderung – um die es bei dieser Entscheidung explizit nicht geht – müsste in einer neuen Entscheidung vom Deutschen Bundestag genehmigt werden, so dass unser Parlament jederzeit das Heft des Handelns in der Hand hält.
- Nur wenn die Troika die erfolgreiche Umsetzung der zugesagten Reformschritte bescheinigt, kann das bereits vereinbarte Geld fließen. Auch muss hierzu der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages seine Zustimmung erteilen. Der Grundsatz „Hilfe nur gegen Gegenleistung“ ist somit gewährleistet.
- Eine Entscheidung über ein etwaiges neues Hilfsprogramm in vier Mona-

ten ist mit der Entscheidung an diesem Freitag ausdrücklich nicht verbunden.

Unter Abwägung aller Argumente komme ich daher zu dem Ergebnis, dass eine Verlängerung des bestehenden Hilfsprogramms nach meiner Einschätzung trotz aller massiven Bedenken das kleinere Übel ist, als eine Verweigerung mit un kalkulierbaren Konsequenzen. Ich werde der Verlängerung des Hilfsprogramms deshalb aller Voraussicht nach zustimmen und sehe dies als letzte Chance für Griechenland, zerstörtes Vertrauen wieder herzustellen. ■

Delegationsreise Kanada: **Mein Reisebericht**

Ich hatte kürzlich die Gelegenheit, mit der deutsch-kanadischen Parlamentariergruppe Gespräche mit kanadischen Abgeordneten, Unternehmen und Vertreterinnen und Vertretern gesellschaftlicher Gruppen zu führen.



In Québec, der ersten Station der Delegationsreise, war die Energiepolitik zentrales Thema. Die Provinz, die dreimal so groß wie Deutschland ist, deckt ihren Strombedarf bereits heute zu 97 Prozent mit Wasserkraft. Ein deutsches Unternehmen berichtete zudem über den Ausbau der Windkraft in der Provinz. Wie auch im Rahmen der weiteren Stationen der

Reise standen zudem die Einwanderungspolitik und das Freihandelsabkommen (CETA) im Fokus. So konnten wir uns mit dem ehemaligen Premierminister der Provinz über CETA unterhalten. Wir machten dabei unsere Vorbehalte gegen die geplanten Schiedsgerichte deutlich. Gleichwohl sehen wir, wie unsere kanadischen Kollegen, die enormen Vorteile, die ein Freihandelsabkommen für beide Seiten hätte.

In Ottawa, der zweiten Station, standen Gespräche mit dem deutschen Botschafter, den Kollegen der kanadisch-deutschen Parlamentariergruppe und dem kanadischen Rechnungshof auf der Agenda.

Schlusspunkt der vielseitigen Delegationsreise war die Provinz British Columbia im Westen Kanadas. Die Stadt Vancouver informierte uns über die Einwanderungs- und Wohnungsbaupolitik, in Victoria hatten wir die Chance, uns mit dem Landwirtschaftsminister und den Minister für Technologie auszutauschen. Auch hier war das Freihandelsabkommen ein Thema, während der Minister für Technologie unter anderem über den Stand des Internetausbaus in der Provinz berichtete. Eine 93 prozentige Versorgung mit Highspeed-Internet verblüfft angesichts der vielen abgelegenen Orte und zeigt, dass das Land diese Aufgabe sehr frühzeitig gelöst hat.

Für die anstehenden Entscheidungen und Diskussionen hat die Delegationsreise wertvolle Impulse geben können. ■

Impressum und Kontakt

Markus Koob MdB • Platz der Republik 1 •
11011 Berlin • Tel 030 - 227 - 7 55 49 • Fax
030 - 227 - 7 65 49 • markus.koob@bundes-
tag.de • www.markus-koob.de

Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Johannes Streit: **Mein Praktikum im Deutschen Bundestag**

Mein Name ist Johannes Streit, ich bin 16 Jahre alt und besuche die 11. Klasse der Adolf-Reichwein-Schule in Neu-Anspach. Ich bin sehr politik- und geschichtsinteressiert.

Da ich noch Schüler bin und das Praktikum „privat“ war, wurde ich durch die Schulleitung vom Unterricht freigestellt. Dafür bin ich sehr dankbar, da es sonst nie vorkommt, dass Schüler beurlaubt werden. Die Schule wusste wie selten und einzigartig diese Chance ist.

Von Montag, den 26. Januar 2015 bis Freitag, den 6. Februar 2015 habe ich ein zweiwöchiges Praktikum im Büro des Bundestagsabgeordneten Markus Koob absolviert. Ich habe mich bewusst für zwei Sitzungswochen entschieden, um so viel wie möglich mitzunehmen und zu erfahren.

Mein erster Tag begann um 11:00 Uhr in der Dorotheenstraße 101. Nachdem ich die Sicherheitsschleuse und Kontrollen passiert hatte, wurde ich von Katharina Rock, die einen sympathischen und lockeren ersten Eindruck auf mich machte, abgeholt und in das Büro gebracht. Dort erwarteten mich Ria Schulz und Jonny Kumar. Sie waren alle sehr nett und offen und haben mir gleich das „Du“ angeboten. Ich habe mich sofort sehr wohl und angekommen gefühlt. Nachdem ich mich vorgestellt hatte und die drei auch etwas von sich erzählten, führte mich Jonny in sein Büro. Dort hatte man mir einen Tisch mit einem Laptop bereitgestellt. Das war für die nächsten beiden Wochen mein Arbeitsplatz. Jonny und ich führten ein kurzes Gespräch, in dem wir Formalitäten

klärten und er mir mitteilte, was mich erwarten würde. Dies stimmte alles mit meinen Vorstellungen überein und übertraf sie sogar. Im Büro hatte ich ein eigenes Fach, in das mir zum Beispiel Schreiben oder Briefe hineingelegt wurden, die ich bearbeiten sollte. Mir wurden viele verantwortungsvolle Aufgaben übertragen.

So durfte ich mit Herrn Koob oft Finanz- und Familienauschüsse besuchen, in denen es zum Beispiel um die „Attraktivitätssteigerung der Bundeswehr“ ging oder als eine Dame der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte eine Studie zum Thema „Gewalt gegen Frauen“ präsentierte.

Des Weiteren durfte ich zwei Seminare, welche „alleinerziehende Familien“ zum Thema hatten, vorbereiten. Wir hatten einen tollen Raum, der genau gegenüber dem Reichstag lag. Jeden Tag um ca. 11:30-12:00 sind wir als „Büro“ zusammen in die Kantine namens „Lampenladen“ essen gegangen. Am dritten Tag meines Praktikums durfte ich Herrn Koob begleiten, der zu einem Neujahrskonzert von der Bayerischen Landesvertretung in das Konzerthaus am Gendarmenmarkt eingeladen wurde. Ich habe mich sehr darüber gefreut. Dort spielte das erstklassige bayerische Landesjugendorchester Klassik kombiniert mit Jazz und Blues. Ich saß dabei ca. drei Reihen hinter Thomas de Maizière. Danach wurden wir noch in die Bayerische Vertretung zum Sektempfang eingeladen, wo es neben guter traditioneller Blasmusik auch noch leckere „Snacks“ gab. Es war ein toller



Abend und ich konnte Herrn Koob besser kennen lernen. Es war ein langer Tag von 9:00 Uhr bis Mitternacht.

Einer der vielen Höhepunkte meines Praktikums war die Gedenkrede des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert für den kurz vorher verstorbenen ehemaligen

Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker. Diese verfolgte ich von der Pressebühne im Reichstag. Es war eine einzigartige Atmosphäre und sogar Angela Merkel war da. Auch die anderen Plenarsitzungen, die ich an fünf

Tagen verfolgt habe, übten eine große Faszination auf mich aus. Im Herzen der deutschen Politik zu sitzen ist etwas ganz Besonderes.

Zudem habe ich viele nette Leute kennengelernt und Kontakte knüpfen können, wie zum Beispiel mit einem 19-Jährigen Praktikanten des Bundestagsabgeordneten Dr. Michael Fuchs.

Abschließend kann ich sagen, dass ich eine unglaubliche schöne und lehrreiche Zeit in Berlin hatte. Ich machte viele neue Erfahrungen und verstehe nun unser politisches System besser. Meine Erwartungen wurden übertroffen und ich kann jedem, der sich für Politik interessiert, dieses Praktikum absolut weiterempfehlen. Der Grund: Näher kann man an deutscher Politik nicht dran sein. Letztendlich möchte ich mich bei Herrn Koob und seinen Mitarbeitern bedanken, da sie mich so gut integriert haben und einfach nett und herzlich waren. ■